

## AKTUELL

## ARBEITSRECHT

# Angst vor der sozialen Krise

Tessie Jakobs

**Die Änderungen des Arbeitsrechts lassen manche Akteure befürchten, dass Arbeitnehmer\*innenrechte beschnitten werden.**

In einem Interview auf Radio 100,7 sprach OGBl-Präsidentin Nora Back am Donnerstag vom Drahtseilakt, den Gewerkschaften zurzeit leisten müssen. Auf der einen Seite wolle man sich solidarisch zeigen und keine Konflikte provozieren. Auf der anderen sei es zurzeit aber notwendiger denn je, die Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu verteidigen. Rezente Änderungen im Arbeitsrecht führten in den vergangenen Tagen zu kritischen Stellungnahmen einzelner Akteure.

Zusätzlich zu den bereits vorgenommenen Änderungen kommunizierte Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP) am vergangenen Freitag weitere Ergänzungen. Alle Arbeitnehmer\*innen, die von Kurzarbeit („chômage partiel“) betroffen sind, erhalten mindestens 80 Prozent ihres Bruttogehalts. Weniger als den Mindestlohn darf allerdings niemand erhalten. Der Urlaub aus familiären Gründen wurde um zwei Wochen verlängert, darf allerdings nicht mit Kurzarbeit verbunden werden. Die drastischste Änderung, nämlich die der Erhöhung der maximalen Arbeitszeit auf 60 Stunden pro Woche, rief diese Woche einige kritische Stellungnahmen hervor.

## 60 Arbeitsstunden pro Woche

Am Freitag zeigte sich der OGBl zwar zufrieden über das schnelle Handeln der Regierung, äußerte jedoch Bedenken gegenüber manchen Entwicklungen. Einige der vorgenommenen Maßnahmen würden das Risiko bergen, manche Arbeitnehmer\*innen zu bestrafen. Eine potenzielle Erhöhung auf 60 Arbeitsstunden pro Woche müsse sich auf „essenzielle“ Berufe beschränken. Zurzeit ist vorgesehen, dass die Maßnahme auch für Lebensmittelgeschäfte, Tankstellen und die Abfallbewirtschaftung gilt. Parallel dazu fordert der OGBl, dass Arbeitnehmer\*innen, die aufgrund der aktuellen Situation nicht mehr die volle Zahl an Arbeitsstunden leisten können, dennoch ihr übliches Gehalt erhalten und Minusstunden nicht nach der Krise durch Überstunden ausgleichen müssen.

Bezüglich der Erhöhung auf 60 Arbeitsstunden pro Woche geht die Kritik von déi Lénk sogar noch weiter als die vom OGBl, erachtet die Oppositionspartei die Arbeitszeiterhöhung doch bei sämtlichen Berufen außerhalb des Gesundheitswesens als ungerechtfertigt. Déi Lénk befürchten, dass gerade prekarierte Arbeitnehmer\*innen zurzeit den Kürzeren ziehen. Sie fordern die hundertprozentige Rückerstattung des Kurzarbeitsgehalts durch den Staat. Zudem müssten ausnahmslos alle Arbeitnehmer\*innen, deren Sicherheit nicht garantiert werden könne oder die gesundheitlich besonders gefährdet seien, von ihrer Arbeit freigestellt werden.

Der LCGB seinerseits unterstützt die Arbeitszeiterhöhung zwar, fordert jedoch, dass sie nur in absoluten Ausnahmefällen umgesetzt werden darf. Das Wichtigste sei, das Personal so zu verstärken, dass das nötige Maß an Ruhezeit garantiert werden könne. Müde und erschöpfte Arbeitnehmer\*innen seien immerhin nicht nur anfälliger für Fehler, sondern auch für Erkrankungen.

Insgesamt gehen dem LCGB die Maßnahmen der Regierung nicht weit genug. Im Sinne der allgemeinen Sicherheit und Gesundheit, sei es unerlässlich, alle nicht notwendigen ökonomischen Aktivitäten zu stoppen. So etwa auch die Stahl- und Automobilherstellung. Auch wenn dies den Weg in die ökonomische Krise zusätzlich beschleunigen würde, habe die Gesundheit zurzeit absolute Priorität. Wie Nora Back in erwähntem Interview betonte, gehen die Forderungen des OGBl zwar nicht ganz so weit, ökonomische Aktivitäten müssten allerdings so weit wie möglich heruntergefahren und Homeoffice wann immer möglich zugelassen werden.

In Anbetracht der Lage beharren sowohl déi Lénk als auch der OGBl auf ihrer Forderung, Entlassungen aus ökonomischen Gründen zu untersagen. Bisher wurde von Regierungsseite her einzig zugesichert, dass Personen in Kurzarbeit nicht entlassen werden dürfen.

Die Akteure sind sich einig, dass die Regierung zurzeit nicht das Nötigste dafür tut, dass zusätzlich zur sanitären nicht auch noch eine soziale Krise entsteht.

## SHORT NEWS

## CJUE : Droits de la personne renforcés

(rg) - Les arrêts de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) ne sont pas toujours du goût de ceux et celles qui se préoccupent en priorité de la défense des droits de la personne. Mais cette semaine, alors qu'elle suit un « service réduit » limité aux affaires pour lesquelles un arrêt est imminent ou qui concernent des situations ou une certaine urgence s'impose, la CJUE vient de prononcer deux arrêts qui renforcent de façon importante la position des citoyen-ne-s en situation difficile à cause d'États pas toujours bienveillants. Dans une affaire d'extradition d'un ressortissant islandais vers la fédération de Russie, la cour a ainsi statué qu'un État membre de l'UE doit vérifier qu'un ressortissant d'un des États membres de l'Association européenne de libre-échange (qui font dès lors partie de l'Espace économique européen sans être membres de l'UE) ne risque pas d'être « soumis à la peine de mort, à la torture ou à des peines ou traitements dégradants » lorsqu'il serait extradé vers un pays tiers. Un autre arrêt - dont la portée politique devrait être beaucoup plus importante - concerne le refus de la Pologne, de la Hongrie et de la République tchèque de participer au mécanisme européen temporaire de relocalisation de demandeurs de protection internationale, décidé au niveau européen après l'afflux de réfugiés en 2015 en provenance d'Afrique, mais aussi du Proche-Orient et du Moyen-Orient. Pour la cour, ce refus constitue un manquement « aux obligations des États membres découlant du droit de l'union ».

## Mehr Sex, weniger Corona im neuen Forum-Heft

(is) - Das neue Forum-Heft ist da - und es ist purer Sex. In der aktuellen Ausgabe dreht sich (fast) alles um die angeblich schönste Nebensache der Welt. Die Koordinatorin der Nummer, die freiberufliche Journalistin und angehende Historikerin Anne Schaaf, hat Beiträge zu den unterschiedlichsten Themenfeldern zusammengetragen. Die Autor\*innen sprechen über #metoo und Stille in Luxemburg; nehmen die Statistiken zum Nutzverhalten luxemburgischer User\*innen der Pornowebseite „Pornhub“ auseinander; widmen sich Sex, Politik und Film, dem lustvollen Blick auf den Mann in der feministischen Kunst; sagen aber in einem Text von woxx-Journalistin Tessie Jakobs: „Es geht auch ohne Sex“. Besonders interessant und amüsant ist auch Caroline Döhmers Text über sexuelle Wortfelder der luxemburgischen Sprache, „Peenis, Pujel, Pissgeschichte“. Ganz ohne Corona kommt die Ausgabe aber nicht aus. Die Corona-Krise wird im vorderen Teil der Ausgabe in philosophischen, naturwissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Beiträgen besprochen. Eine Premiere gibt es in dem Heft übrigens auch: eine neue Kolumne des Schriftstellers Samuel Hamen.

online

### Chine, Esch 2022 et Gafa

En cette troisième semaine de confinement et de télétravail, l'équipe du woxx a atteint son rythme de croisière depuis le « home office » - même en ligne : voici une sélection de trois articles parus sur notre site cette semaine.

**Corona-Epidemie: Macht's wie China!** Ein Plädoyer für sinnvolle Maßnahmen, kontinentale Zusammenarbeit und „Sozialismus“. [woxx.eu/china](http://woxx.eu/china)

**Esch 2022 : Claude Frisoni et Raymond Reuter pas vraiment satisfaits** En ces temps où le confinement nous condamne à un présent éternellement instable, il peut être rafraîchissant d'apprendre que certaines choses ne changent pas - même si ce n'est que le manque de professionnalisme de l'équipe de la capitale européenne de la culture 2022. [woxx.eu/frisofurax](http://woxx.eu/frisofurax)

**Taxation des Gafa : Trop compliquée ?** Datant de l'époque prépandémique, une question de la députée CSV - et ancienne commissaire européenne - Viviane Reding sur la taxation des Gafa n'en est pas moins intéressante. Même si la réponse est comme toujours décevante. [woxx.eu/gafa](http://woxx.eu/gafa)